

Gegen die Bedrohung der Gemeinnützigkeit politischer Organisationen

Antragstext

Der LV Baden-Württemberg fordert den Bundesvorstand auf, gegen die zunehmende Bedrohung der Gemeinnützigkeit politisch aktiver Organisationen tätig zu werden.

5 Dazu wird der Bundesvorstand in Kooperation mit dem ZEV die im DBJR vertretenen Organisationen und weitere Bündnispartner*innen auf den drohenden Verlust der Gemeinnützigkeit aufmerksam machen und gemeinsam mit diesen eine Strategie entwickeln, politisches Engagement im Rahmen der Abgabenordnung auch
10 zukünftig zu ermöglichen.

Ziel der Bündnisarbeit ist es, die Bundesregierung zu einer Änderung der Abgabenordnung zu bewegen, in der die Gemeinnützigkeit inhaltlich definiert wird, um Rechtssicherheit für uns und unsere Bündnispartner*innen zu schaffen. .

15 Dazu zählen insbesondere die gesetzliche Klarstellung in der Abgabenordnung, dass auch die Einwirkung auf Prozesse der politischen Willensbildung und im Rahmen weiterer gemeinnütziger Ziele eine Betätigung über die Satzungsziele hinaus zu den zulässigen Zielen einer Organisation gehören darf.

20 Der Bundesvorstand soll außerdem prüfen, ob eine Mitgliedschaft in oder Zusammenarbeit mit der Allianz Rechtssicherheit für Politische Willensbildung für den Bundesverband sinnvoll ist und ggf. beitreten.

25 Der Bundesvorstand berichtet den Gliederungen und den im ZEV vertretenen Trägervereinen regelmäßig darüber, welche Schritte unternommen wurden und wie das weitere Vorgehen aussehen wird.